Zeitschrift: Kunst und Kultur Graubünden : Bündner Jahrbuch
Herausgeber: [s.n.]
Band: 58 (2016)

Artikel: Parlamentarische Auslandskontakte
Autor: Bundi, Martin
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-587209

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Parlamentarische Auslandskontakte

Martin Bundi

Aus dem Zeitraum von ca. 1985 bis 2005 sind dem Schreibenden vier Phasen von spezifischen Kontakten mit Osteuropa besonders präsent und denkwürdig: Parlamentarische Begegnungen des schweizerischen mit dem sowjetrussischen Parlament, ein spezielles Treffen in Sofia im Rahmen des schweizerischen Osteuropaengagements, Hilfe beim Aufbau des achten Ungarischen Nationalparks Balaton und Durchführung von «Demokratieseminarien» für osteuropäische Bürgermeister in der Schweiz. Die ersten beiden Kontakte fielen in meine Amtszeit als Parlamentarier, die beiden anderen in die unmittelbar darauf folgende Zeit.

1. Begegnung mit Vertretern des Russischen Parlaments 1986

Die aussenpolitischen Kommissionen von National- und Ständerat fristeten bis 1992 ein eher kümmerliches Dasein: Sie liessen sich vom Bundesrat über wichtige Fragen orientieren und begleiteten dessen Vorlagen mit beratender und kritischer Stimme. Die Gestaltung der Aussenpolitik war weitgehend alleinige Sache des Bundesrates. Diese Situation fand sich noch vor in meinem Amtsjahr 1986 als Präsident des Nationalrates. Die Beziehungen der Schweiz mit der Sowjetunion waren nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend eingefroren, die Schweiz huldigte im «Kalten Krieg» einer harten Linie gegenüber Osteuropa; seit zwölf Jahren hatte es keine parlamentarischen Kontakte zu Russland gegeben.

Einige Faktoren veränderten diesen Zustand: Der russische Regierungschef *Gorbatschow* leitete in den 1980-er Jahren eine Politik der Entspannung gegenüber dem Westen ein, die unter den Stichworten «Glasnost und Perestroika» bekannt wurde. Er regte auch konkrete Schritte mit den USA ein für Verhandlungen über die nukleare Abrüstung. Ein Aufbruch war ferner in den gegenseitigen diplomatischen Gepflogenheiten bemerkbar. In diesem Klima der Entspannung erhielt das schweizerische Parlament 1986 unerwartet eine Einladung für einen einwöchigen Besuch in der Sowjetunion mit der Offerte, Gespräche mit russischen Parlamentariern in Moskau (Staatsebene), in Georgien (regionales Parlament) und Petersburg (Stadtparlament) zu führen. Wir nahmen diese Einladung, trotz Reserven von gewissen Seiten, dankbar an und konnten unsere spezifischen Wünsche für das Besuchsprogramm erfolgreich einbringen, z. B. Themenvielfalt, keine Monologe. Unter meiner Leitung nahmen fünf National- und drei Ständeräte an dieser denkwürdigen Delegationsreise im Oktober 1986 teil. Im Frühjahr war in der Schweiz in einer Volksabstimmung das Nein zum Beitritt der Schweiz zur UNO beschlossen worden, und in der Sowjetunion hatte sich das katastrophale atomare Unglück von Tschernobyl ereignet. Beides gab in den Begegnungen in Moskau Anlass zu kritischen Fragen und Antworten. Ferner brachte die russische Seite das am Tage unserer Ankunft in Moskau am Gipfel von Reykjavik erfolgreich zum Abschluss gebrachte Abrüstungsabkommen zwischen Gorbatschow und Reagan laufend in die Diskussion und stellte es als einen grossen Erfolg der russischen Strategie dar.

Die Gespräche unserer Delegation mit russischen Parlamentariern verliefen in einer umgänglichen, fast jovialen Art, die einer Änderung des Stils im Umgang mit dem Ausland entsprach. Dementsprechend war auch die Tonlage von Andrei *Gromyko*, des russischen Staatsoberhauptes und Präsidenten über die beiden obersten Sowjets (Parlamentskammern), der uns zu einem eineinhalbstündigen Gespräche einlud. Dieser Mann

war früher lange Zeit Aussenminister gewesen, damals hart auftretend, und kannte auch die Schweiz aus eigener Anschauung. Er schätzte die Rolle der Schweiz in der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, heute OSZE) und die schweizerische Neutralität, die aber ihm zufolge aktiver und flexibler gehandhabt werden sollte. Schweizerische Wünsche, wie z.B. für bessere Information der internationalen Gemeinschaft über den Reaktorunfall von Tschernobyl, wurden zur Kenntnis genommen. – Einen wichtigen Beitrag zum Erfolg unserer Russlandsdelegation leistete unsere Begleiterin und Übersetzerin *Heidi Tagliavini* (*1950). Sie war seit 1982 Mitarbeiterin im Politischen Sekretariat in Bern, hatte die russische Sprache in Genf und Moskau studiert und wirkte nunmehr als ausgezeichnete Dolmetscherin. Sie übersetzte alle Voten unserer Parlamentarier ins Russische, während die russischen Parlamentarier für die Übersetzung ihrer Voten ins Deutsche einen eigenen Dolmetscher hatten. Tagliavini war in der Lage, die Genauigkeit der russischen Übersetzung ins Deutsche zu überprüfen und bei fehlerhafter Wiedergabe des Inhalts korrigierend einzugreifen. Sie kontrollierte auch die offiziellen Mitteilungen über unsere Treffen in den russischen Medien. So waren wir z.B. in der Lage, gegenüber einer Tass-Meldung in der Prawda vom 20. Oktober 1986, die den Inhalt des Gesprächs mit Gromyko verfälscht und völlig anders gewichtet verbreitete, auf diplomatischem Wege zu intervenieren; es handelte sich vermutlich um eine Meldung, die schon vor der Unterredung mit Gromyko, im Sinne eines Standardmodells, verfasst worden war. – Ein ausgeprägtes Geschick als Diplomatin und Verhandlerin bewies Tagliavini in der Folge wiederholt in schwierigen Missionen für die Schweiz: So 1992 als Botschafterin in Moskau, 1995 im Rahmen der OSZE als Leiterin einer Friedensmission in Tschetschenien, seit 1999 als Chefin der Politischen Abteilung IV (Menschenrechte und Humanitäre Angelegenheiten) beim EDA, im Jahre 2000 als Beauftragte der OSZE im Kaukasus, 2001/02 als UNO-Botschafterin in Bosnien und Herzegowina und in Georgia, 2009/10 als OSZE-Wahlbeobachterin in der Ukraine und 2014/2015 sehr erfolgreich in der OSZE-Kontaktgruppe zur Beilegung des Konflikts der Ukraine mit Russland (Konventionen von Minsk).

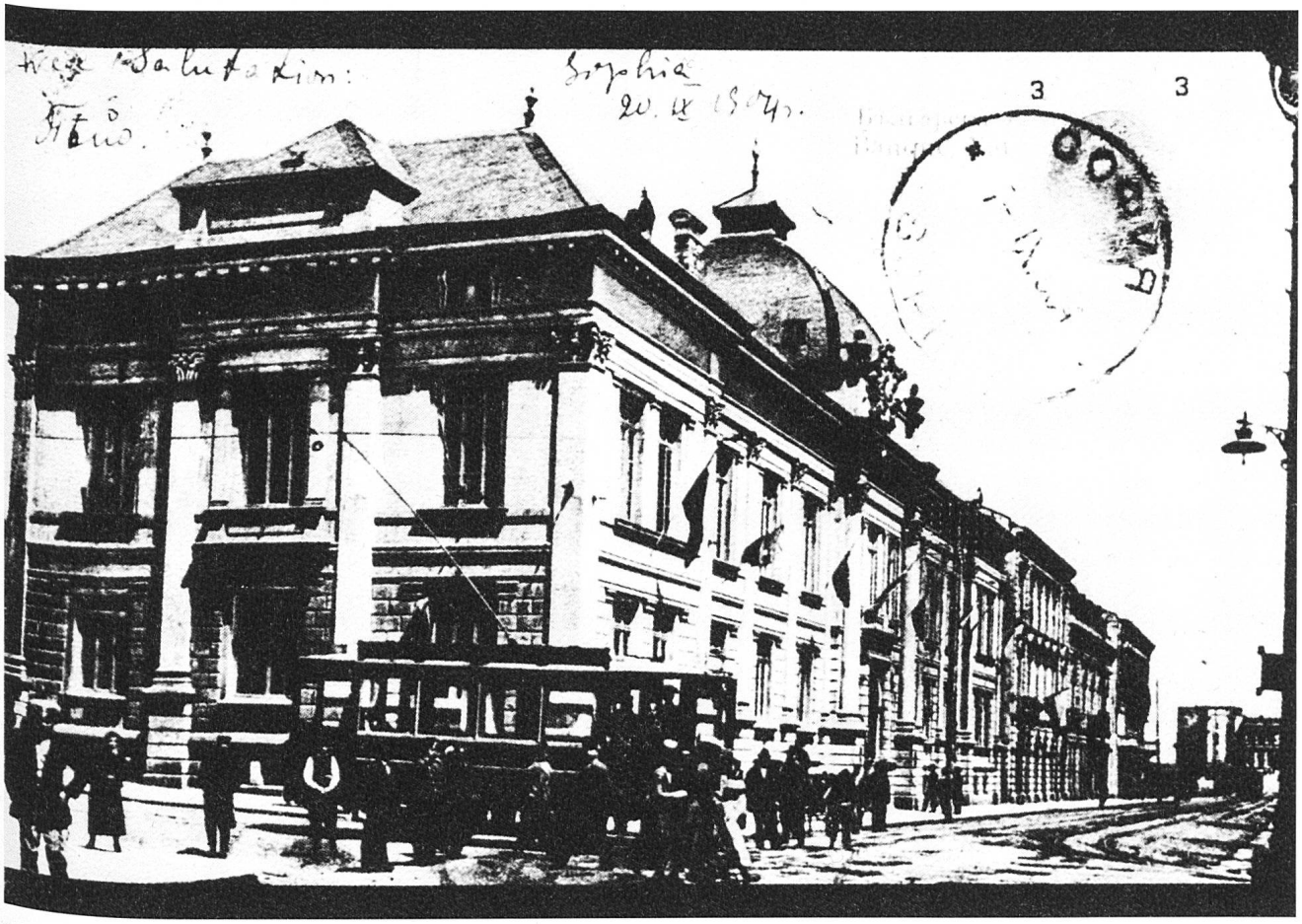
2. Osteuropahilfe – ein Treffen in Sofia 1991

Der Zusammenbruch des kommunistischen Systems in Osteuropa 1989/90 führte u.a. in der Schweiz auch zu einer Änderung ihrer aussenpolitischen Marschrichtung: Stärkeres Engagement zum Wiederaufbau Osteuropas und grössere Gewichtung der Aussenpolitik. Das Parlament signalisierte gegenüber dem Bundesrat seinen Willen, verstärkt die Gestaltung der Aussenpolitik mitzuvollziehen. Es kam 1991 zu einer Ergänzung des Gesetzes über den Geschäftsverkehr beider Räte (heute: Parlamentsgesetz), wonach nun dem Parlament eine wesentliche Mitwirkung in der Aussenpolitik zugestanden wurde.

Diese neuen Kompetenzen nutzte das Parlament sogleich und rege, insbesondere in Zusammenhang mit den verschiedenen Rahmenkrediten betreffend Zusammenarbeit mit den ost- und mitteleuropäischen Staaten. Ein erster solcher Kredit von 250 Mio. wurde 1990–1992 für Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn beschlossen, ein zweiter 1992–1995 von 1400 Millionen für die Baltischen Staaten und Südeuropa (Ausdehnung auf GUS-Staaten) und ein dritter 1999–2002 von 900 Millionen für Südeuropa, die europäischen GUS-Staaten und Zentralasien. Hunderte von Projekten konnten durchgeführt, Investitionen getätigt, Fachwissen vermittelt und Haltungen verändert werden. Die aussenpolitischen Kommissionen von National- und Ständerat wurden in dieser Zeit stark gefordert. Es wollte der Zufall, dass ich in den beiden Jahren des stärksten Umbruchs 1990/91 das Präsidium der aussenpolitischen Kommission des Nationalres innehatte. Die Zusammenarbeit mit Osteuropa stellte einen ständigen Lernprozess dar. Dabei spielte eine grosse Rolle, wo die Prioritäten gesetzt werden sollten und ob die Osthilfe wirklich auch zu demokratischen Abläufen in den Nehmerstaaten beitrage und eine stabilitäts- und sicherheitspolitische Wirkung entfalte.

Die aussenpolitische Kommission des Nationalrates entschloss sich 1991, eine Inspektions- und Erkundungsreise nach Osteuropa zu unternehmen: Einerseits nach Ungarn (Budapest) zur Abklärung, wieweit schweizerische Investitionen des ersten Hilfspaketes ihre Wirkung entfalteten, anderseits nach Bulgarien (Sophia) zur Erkundung der echten Bedürfnisse im Hinblick auf das zweite ins Auge gefasste Hilfsabkommen in einem erweiterten Raum. Dabei zeigte sich z.B., dass eine mit Schweizer Geld und Know-how errichtete Recycling-Anlage nördlich von Budapest schwere Defekte aufwies, die auf mangelnden Unterhalt und teils falsche Detailtechnik zurückzuführen waren. Dieser und andere ähnliche Tatbestände fanden spezielle Erwähnung in einem Bericht unserer Kommission an den Bundesrat. Ebenso wurden darin Prioritäten der für Bulgarien in Aussicht zu nehmenden Projekte gesetzt und Vorschläge für konkrete Investitionen erörtert.

Eine besondere Note erhielt unsere Delegationsreise in Sofia im Juli 1991 anlässlich von Treffen mit diversen bulgarischen Parlamentariern und Ministern. Bei einem Abendessen in einem typischen Gartenrestaurant in der Umgebung von Sofia wurden in freier und aufgeräumter Stimmung gegenseitige Erfahrungen ausgetauscht. In diesem Zusammenhang durfte ich als Delegationsleiter auf eine Zeit sehr intensiver Beziehungen zwischen den beiden Staaten hinweisen: Nach dem russisch-türkischen Krieg 1877/78 entstand stufenweise ein selbständiger Nationalstaat Bulgarien, dessen Ehrgeiz es war, möglichst rasch zivilisatorisch den Anschluss an Westeuropa zu erlangen. Tausende von bulgarischen jungen Leuten studierten in der Folge an westschweizerischen Universitäten und an der ETH und bildeten sich hier zu Fachexperten auf verschiedenen Gebieten aus. Anderseits begaben sich zahlreiche Schweizer Fachleute ins neue Bulgarien und be-



Treffen in Sofia. Ehemalige Nationalbank, erbaut nach Plänen des Schweizer Architekten Henry Meyer.

teiligten sich am Wiederaufbau des Landes. Am obgenannten Treffen erwähnte ich vor allem vier Schweizer, die sich in Sofia ganz besonders hervorgetan hatten: Ingenieur Arthur Comte aus Romont, Brückenbauer um 1889 und Direktor der Wasserversorgung von Sofia, der auch den Bau der Kanalisation einleitete und die elektrische Strassenbeleuchtung einführte; der um 1895/97 in Sofia wirkende Arzt Dr. Carl Stierlin aus Schaffhausen; der Architekt Theodor Hühnerwadel, Stadtbaumeister in Sofia 1889 bis 1893; der Architekt Henry Meyer aus Freiburg, der 1889 die Pläne für den Bau der bulgarischen Nationalbank entwarf (vgl. Abbildung), heute Handelsministerium. – Das Staunen war gross bei den Zuhörern beider Seiten; kaum jemandem waren diese Zusammenhänge im Detail bekannt. Die Teilnehmer der Abendveranstaltung – neben Politikern auch Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Kultur – waren sich einig, dass vertiefte Kenntnisse der Geschichte, insbesondere des eigenen Landes, wesentlich zu einer Bereicherung in den politischen Beziehungen beitragen können.

Denkmal zu Ehren des bündnerischen Flüchtlingshelfers Niklaus Zaff in Mencshely (Ungarn); Domenic Parolini, Botschafter Dr. Claudio Caratsch, Nationalrat Martin Bundi (v.l.n.r.) am 17. September 1998.

3. Hilfe zum Aufbau eines Nationalparks in Ungarn (1995–1998)

Nach meinem Ausscheiden aus dem Nationalrat (1995) erhielt ich in meiner Eigenschaft als Präsident der Schweizerischen Nationalparkkommission Gelegenheit, mich mit einem weiteren Projekt einer Zusammenarbeit der Schweiz mit Osteuropa zu beschäftigen. Von meinen Aufenthalten in Ungarn her war es mir bekannt, dass der Landstrich um den Balatonsee im Westen ein wichtiges Erholungsgebiet darstellte, das aber infolge des kommunistischen Regimes ökonomisch, sozial und kulturell unterentwickelt war. Aus persönlichen Kontakten mit dem Schweizer Botschafter in Ungarn, dem Bündner Dr. *Claudio Caratsch,* und dem ehemaligen Vorsteher von Balatonfüred, einer repräsentativen Kleinstadt dieser Region, a. Bürgermeister *Karoly Simon,* erfuhr ich von den Plänen Ungarns, hier einen zusätzlichen Nationalpark (den achten) zu errichten. Die Absicht war es, ein voll geschütztes Naturschutzgebiet als Kernzone auszuscheiden und eine Umgebungszone mit Entwicklungspotential

Demokratieseminar in Chur mit rumänischen Bürgermeistern, Ausflug nach Disentis 2005.

für eine nachhaltige landwirtschaftliche und touristische Nutzung zu bestimmen. Den Ungarn fehlten für dieses anspruchsvolle Projekt einerseits finanzielle Mittel und anderseits das notwendige Wissen; so gelangte der Ruf an uns, sich am Projekt zu beteiligen. Diesen Wunsch unterbreitete ich unserer Nationalparkkommission, die ihre Unterstützung zusagte, dazu eine projektbegleitende Kommission unter meiner Leitung einsetzte und Dr. Domenic Parolini als Projektleiter ernannte. Wir konnten das Vorhaben erst lancieren, nachdem uns eine vom EDA (eidg. Departement des Äusseren) im Rahmen der Osteuropahilfe in Aussicht stehende Unterstützung zugesichert wurde. Der finanziell vom Bund zugesagte Beitrag betrug 200 000 Franken mit der Bedingung, dass wir eine ebensolche Summe aus Kreisen der Privatwirtschaft (Stiftungen) zusammenbringen sollten; letzteres war kein leichtes Unterfangen, gelang aber trotzdem innert kurzer Zeit. In mehrjährigem Einsatz erarbeitete unsere Kommission zusammen mit einer parallelen in Ungarn und unter Einbezug von Experten beiderseits das definitive Konzept für den Nationalpark Balaton-Oberland (Plattensee).

Unsererseits wurde ein umfangreicher Wissenstransfer vollzogen, mit Vermittlung von Informationen in den Bereichen Natur- und Umweltschutz, Tourismus und Gesetzgebung; es wurden Fragen zur Abfallbewirtschaftung und Lufthygiene diskutiert und einige Land- und Immobilienkäufe aus Schweizer Mitteln getätigt. Verbunden mit dem Projekt waren auch gegenseitige Besuche von Einwohnern je aus den dem Nationalpark angeschlossenen Gebieten, die den Beteiligten ein konkretes Bild der Funktionsweise von Naturschutz, Landwirtschaft und Tourismus vermittelten. Als zusätzliche Leistung von Schweizer Seite, von vielen Privatpersonen finanziert, kann die Realisierung einer speziellen Schafherde genannt werden: Einer Herde von über hundert Zackelschafen, einer seltenen ungarischen Rasse, die nun auf den ausgeschiedenen Weide- und Wieslandparzellen des Nationalparks weiden. In der Presse wurde der Nationalpark Balaton-Oberland

als eines der wichtigsten Projekte der schweizerischen Osthilfe gewürdigt (vgl. Engdinerpost, 17. 2. 2001).

4. Demokratie-Seminare für osteuropäische Bürgermeister (1998–2005)

Die Schweizerische Helsinki-Vereinigung (SHV), deren Vorstandsmitglied ich von 1994 bis 2006 war, wurde 1977 gegründet. Ihr Hauptziel war, nach der Unterzeichnung der Schlussakte der KSZE/heute OSZE 1975 in Helsinki, jene Kräfte in den Oststaaten zu unterstützen, die sich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte einsetzten. Nach der Wende von 1989 entwickelte sie – unter dem Präsidium von a. Bundesrat Rudolf Friedrich – Programme in der Schweiz für Bürgermeister aus Ungarn, Rumänien, der Tschechei, Slowakei und Bulgarien. Je eine Woche konnten sich diese in einer Schweizer Gemeinde informieren, wie in unserem föderalistischen Staatsaufbau eine Gemeinde organisiert ist, wie die demokratischen Strukturen ausgebildet sind, wie Verwaltung und Gemeindebetriebe funktionieren.

Während die Ungarn solche Kurse im Kanton Zürich absolvierten, taten es die rumänischen Bürgermeister in Chur. Die Organisation einer solchen Seminarwoche war Sache einer örtlichen Gruppe von Freiwilligen, die ein Budget aus fremden Mitteln erstellen musste, da die SHV über keine Finanzen als die Beiträge ihrer Mitglieder verfügte. So organisierte ein kleiner Kreis, dem ausser meiner Person Kollege *Hans Oester,* a. Nationalrat, Zürich, und Prof. *Georg Gyarmathy,* ungarischer Abstammung und Privatdozent an der ETH Zürich, samt seiner Ehefrau Katharina angehörte, viermal ein solches Demokratieseminar mit rumänischen Bürgermeistern in Chur: in den Jahren 1998, 2000, 2002, 2005. Für den grössten Teil der Kosten kam die Stadt Chur auf: Sie leistete also einen willkommenen Anteil an der Osteuropahilfe. Die Teilnehmer erfuhren aus Kurzreferaten von städtischen Mitarbeitern je Spezifisches über die verschiedenen Amtsabteilungen, Schulen und städtischen Betriebe; jedem Referat schloss sich eine Diskussion an. Ferner wurden Besuche angeboten in mehreren Schulen, bei der Stadtpolizei, der ARA und der Abfallentsorgung. Freitag und Samstag war Disentis das Ausflugsziel, wo Aufgaben einer Landgemeinde in Zusammenhang mit der Berglandwirtschaft und dem Tourismus zur Sprache kamen und mit Besuchen in den Dorfschulen die Gäste mit den Eigenheiten der rätoromanischen Sprache vertraut gemacht wurden. Die Gemeinde Disentis leistete auch einen finanziellen Beitrag an den Kurs.

Die bisherigen rumänischen Politiker auf Gemeindebene waren noch weitgehend vom alten System des Sowjetkommunismus geprägt, wonach die Finanzen für die Verwaltung der Gemeinde einfach von oben kamen; entsprechend verstanden sich viele von ihnen auch nur als Befehlsempfänger und Funktionäre und waren nicht selten für Korruption empfänglich. Unser Anliegen war es, aufzuzeigen, wie auch auf der untersten staatlichen Ebene eigene Initiative und Verantwortung unabdingbar sind, wenn die Demokratie funktionieren soll. Die meisten Teilnehmer liessen sich davon überzeugen, z. B. auch dass es im Finanzwesen einer unabhängigen Finanzkontrolle bedürfe, welche für den getreuen Einsatz der Mittel verbürge. Nur einzelne wenige Kursteilnehmer wollten unser Angebot nicht als eine Schulungs- und Bildungswoche anerkennen, scherten gelegentlich aus und unternahmen auf eigene Faust Entdeckungsabstecher im Lande; diese hatten den Kurs mit einer Ferienwoche verwechselt. Insgesamt aber zeigte sich die grosse Mehrheit der Teilnehmer dankbar und begeistert von unseren Institutionen und empfand ihre neuen Erkenntnisse als grossen Gewinn.

Dr. phil. Martin Bundi, a. Nationalrat, Historiker, von Sagogn, wohnhaft in Chur